

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/182

24. September 1974

Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung

Lebensqualität ergibt sich aus einer Palette sozialer Forderungen

Von Helmuth Kern
Senator für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg

Seite 1 bis 3 / 89 Zeilen

Kritische Fragen um MRCA

Entscheidung über das aufwendige Waffensystem noch völlig offen

Von Georg Schlaga MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Schlechte Kopie

Späte Einsicht der CDU in gesellschaftspolitische Notwendigkeit eines Bundesraumordnungs-Programms

Von Dr. Olaf Schwencke MdB
Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Mitglied des Beirates für Umweltfragen und Raumordnung beim Parteivorstand der SPD

Seite 6 und 7 / 55 Zeilen

Bildung stärker in Alltag einbezogen

Fortbildung auch für Lehrer und Ausbilder eine ständige Aufgabe

Seite 8 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenheim 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 08 88 846 - 48 ppbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung

Lebensqualität ergibt sich aus einer Palette sozialer Forderungen

Von Helmuth Kern

Senator für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg

Lebensqualität ist mehr als Lebensstandard. Sie ist die Bereicherung unseres Lebens über Einkommen und Konsum hinaus. Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung und die Störung des Naturhaushalts drohen den wirtschaftlichen Fortschritt in sein Gegenteil zu verkehren.

Als Sozialdemokraten solche Thesen vor Jahren formulierten, ernteten sie weithin nur ein mitleidiges Lächeln. Inzwischen ist das Umweltbewußtsein breiter Bevölkerungsschichten wesentlich gewachsen. Wie es nahezu immer bei Veränderungen in der kollektiven Bewertung wirtschaftlicher oder sozialer Errungenschaften zu beobachten ist, droht das Pendel heute allerdings schon in das andere Extrem auszuschlagen: Von der völligen Ignoranz gegenüber den Umweltproblemen, so scheint mir, verfallen einige Zeitgenossen in eine Umwelthysterie, die alle übrigen Maßstäbe für Lebensqualität außer Kraft setzen will.

Die Auseinandersetzungen um die Ansiedlung einer Aluminium-Hütte des Reynold-Konzerns auf dem Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg, die inzwischen weit über den norddeutschen Raum hinaus ein zwiespältiges Echo gefunden haben, geben dafür ein eindringliches Beispiel ab. Hier geht es um Existenzprobleme einer ganzen Stadtwirtschaft, die aus strukturellen Gründen dauernd Arbeitsplätze im gewerblichen Sektor verliert. Die 1,7 Millionen Einwohner Hamburgs können aber nicht von Dienstleistung, Verwaltung und Bildung allein leben. Die Industrie gehört dazu. Industrielle Arbeitsplätze sind somit eine Vorbedingung für mehr Lebensqualität für die Bürger unseres Wirtschaftsraums; eine heile und schöne Umwelt, so wichtig sie ist, kann diese Arbeitsplätze nicht ersetzen.

Der sozialdemokratische Landes- und Kommunalpolitiker muß Umweltschutz, Raumordnung, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik und damit

die Verbesserung der Lebens-, Arbeits-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in engem Zusammenhang sehen, aber er kann nicht dem einen oder dem anderen Bereich unbedingte Priorität zugestehen. Er hat ständig - und hier liegt seine politische Verantwortung - nach denjenigen Kompromissen zwischen den unterschiedlichsten Anforderungen an eine zukunftsorientierte Strukturpolitik zu suchen und sie dann auch politisch durchzusetzen, die der Bevölkerung gegenüber am ehesten vertretbar erscheinen.

So können auch die verantwortlichen Politiker in Hamburg nicht auf Fortschritte bei einer bewußt geplanten Industrialisierungspolitik verzichten. Aber sie sind gehalten, bei der Neuansiedlung von Industriebetrieben dem Umweltschutzgedanken durch strikte Auflagen zur Verhinderung von Schad- und Schmutzstoffimmissionen Vorrang einzuräumen. Diesem Gebot wurde an der Elbe bisher ohne Ausnahme Rechnung getragen. Ergebnis dieser Politik ist unter anderem eben jene Aluminium-Hütte, die jetzt so viel Staub aufwirbelt: Immerhin das modernste Werk seiner Art in der Welt, dessen Umweltechnologie nachweislich wirksamer ist als alle anderen, und das Umweltschutzwerte erreicht, die deutlich besser sind, als es die neue "Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft" vorschreibt, die gerade von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats erlassen wurde.

Der sogenannte "Fall Reynolds" ist im übrigen kein Einzelfall. Gegenüber den Jahren 1968/69, als Hamburg die Ansiedlungsverhandlungen mit dem Unternehmen führte, ist die Umweltschutzproblematik, wie gesagt, nur schärfer ins Bewußtsein der Öffentlichkeit getreten. Was die Hamburger Auseinandersetzungen dennoch so interessant macht, ist ein Aspekt, der den Verdacht nahelegt, daß der Umweltschutzgedanke hier für sehr persönliche Interessen überstrapaziert wird. Die Grundstücke, um deren gewerbliche Beeinträchtigung z.Zt. vor den Hamburgischen Verwaltungsgerichten prozessiert wird, liegen in einem Gebiet, das das Hamburgische Landesparlament schon 1961 durch Gesetz zum Hafengebiet bestimmt hat und das für einen Großhafen benötigt wird. Landwirtschaft soll dort ohnehin nicht mehr stattfinden. Es gibt somit Grund anzunehmen, daß es zumindest den Prozeßführenden nicht um den Umweltschutz, sondern schlicht um mehr Geld geht.

Ebenso diskreditierend für den Umweltschutzgedanken ist die Argumentation der Prozeßführenden. Den Hamburger Politikern wird ihr schrittweises

Vorgehen innerhalb des Genehmigungsverfahrens - zunächst die Baugenehmigung und erst später die Betriebgenehmigung - nachträglich zum formalen Vorwurf erhoben. Es ist allerdings richtig, daß in den Ansiedlungsverhandlungen mit dem Reynolds-Konzern keine Immissionshöchstwerte fixiert wurden. Das war nicht notwendig, und das wäre sogar falsch gewesen. Es hätten dann nämlich Werte zugelassen werden müssen, die heute längst überholt wären, und wir hätten damit dem Umweltschutzgedanken einen schlechten Dienst erwiesen. Übrigens sieht auch das neue Bundesimmissionsschutzgesetz eine stufenweise Genehmigungspraxis vor. Sie ist das einzige Mittel, um während der langen Planungs- und Bauzeiten großer Anlagen auf der Höhe der technischen Entwicklung bleiben zu können.

So oder so werden die Politiker in Ländern und Gemeinden jedoch Folgerungen aus dem "Fall Reynolds" zu ziehen haben. Mehr noch als bisher werden in Zukunft vorsorglich die Flächen für die großbetriebliche industrielle Entwicklung frei gemacht und getrennt werden müssen von anderen Bereichen der Stadtentwicklung. Die katastermäßige Erfassung der vorhandenen Umweltbelastung muß ausgebaut werden, um jederzeit das Maß des noch Machbaren ablesen zu können. Es wird dafür gesorgt werden müssen, daß die vorhandenen Immissionen - und das sind ja nicht nur industrielle Belastungen - mit der bestmöglichen Technologie reduziert werden, um so den Raum für zusätzliche industrielle Arbeitsplätze zu schaffen, ohne die Umweltbilanz in unseren Ballungszentren zu verschlechtern.

Schließlich wird es Aufgabe vor allem der sozialdemokratischen Politiker sein, allen Teilen unserer Bevölkerung klar zu machen, daß sich die Forderung nach mehr Lebensqualität nicht reduzieren läßt auf noch so begründete Teilforderungen, sondern daß sie sich zusammensetzt aus einer ganzen Palette von sozialen Forderungen im weitesten Sinne. Und die Forderung nach der Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen ist darunter sicherlich nicht die geringste.

(-/24.9.1974/ks/pr)

+ + +

Kritische Fragen um MRCA

Entscheidung über das aufwendige Waffensystem noch völlig offen

Von Georg Schlaga MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Prototyp 01 des MRCA hat dieser Tage mit neunmonatiger Verzögerung seinen offiziellen Erstflug absolviert. Die Flugvorführung selbst kann verständlicherweise nur wenig über die Qualität eines neuen Flugzeuges aussagen. Der Erstflug ist zwischen den Partnern Bundesrepublik, Großbritannien und Italien als Checkpoint vereinbart worden. Das heißt, es muß jetzt entschieden werden, ob MRCA in die Entwicklungsphase 3b eintreten soll. Diese beinhaltet die Fortführung der Serienvorbereitung und Voraerienfertigung. Dafür müssen ungefähr 1,125 Milliarden DM bereitgestellt werden. In einem weiteren Checkpoint im Frühjahr 1975 soll dann endgültig über die Serienproduktion entschieden werden. Der jetzige Checkpoint ist ein ziemlich willkürlich festgelegter, denn er liegt zu früh, um das Flugzeug beurteilen zu können. Der Checkpoint 1975 liegt zu spät, um noch nein sagen zu können. Diese Diskrepanz hat nicht das Parlament zu vertreten.

Vor welcher Problematik stehen die Abgeordneten? Sie sollen über ein komplexes modernes Waffensystem entscheiden, das sie technisch weitgehend nicht beurteilen können. Sie sollen beurteilen können, ob es eine Alternative zu MRCA gibt. Sie sollen eine finanzielle Entscheidung treffen, die sich um die 20 Milliarden DM herum bewegt. Sie sollen dies tun in dem Wissen, daß sich weder das britische noch das italienische Parlament mit diesem Beschaffungsvorhaben befaßt haben (auch die zuständigen Ausschüsse der beiden Parlamente sind meines Wissens bisher gar nicht oder nur unzureichend informiert worden). Sie sollen diese Entscheidung schließlich treffen, obwohl sie wissen, daß Rüstungskapazitäten aufgebaut werden, die später ausgelastet sein wollen. Eine solche Entscheidung verlangt dem politischen Sachverstand und dem Gewissen der Parlamentarier sehr viel ab.

Es stellen sich natürlich noch andere Fragen: Sind die Folgekosten unübersehbar (Unterhalts- und Betriebskosten, das Verhältnis von Wartungs-

stunden zu Betriebsstunden)? Muß die Beschaffung des MRCA nicht zur Vernachlässigung der Beschaffungskosten von Heer und Marine führen? Ist die oft zu hörende Auffassung richtig, daß nur über das MRCA als "europäischer Technologie" die Bundesrepublik endlich auch im Bau von Zivilflugzeugen international konkurrenzfähig werden kann? Ist die Frage der Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen für den Bau von MRCA nicht falsch gestellt, da die hierfür erforderlichen Investitionen die sonst notwendigen Ausgaben für die Schaffung eines qualifizierten Arbeitsplatzes bei weitem übersteigen?

Es stellt sich auch die Frage, ob Großbritannien und Italien mit ihren desolaten Staatshaushalten das Programm MRCA überhaupt zuverlässig finanzieren können. Aber auch diese Frage ist relevant: Der Nah-Ost-Krieg hat gezeigt, daß hochwertige Waffensysteme binnen weniger Tage vom Himmel gefegt werden können. Aus eigener Produktion wäre ein Nachschub niemals möglich gewesen. Denn komplizierte Waffensysteme können im Konfliktfall nicht in wenigen Tagen in ausreichender Stückzahl nachgebaut werden. Im europäischen Konfliktfall (MRCA wäre sicher eines der Hauptangriffsziele des potentiellen Gegners) würde das zwangsläufig zum schnellen Einsatz von atomaren Waffen führen.

Als Alternative böte sich an: eine größere Zahl einfacherer Flugzeuge zur Verfügung zu haben. Das könnten z.B. sein: Saab/Viggen 37, P 530 Northrop, A7D "Corsair" in der Weiterentwicklung. Diese haben den Vorteil, "nur" ca. 25 Millionen DM pro System zu kosten. Diese Flugzeuge sind genauso schnell wie MRCA, z.T. sogar wendiger, teilweise konturenflugfähig, in der Reichweite annähernd vergleichbar und genauso kurzstart- und kurzlandefähig. Sie sind jedoch nicht in der Lage, automatischen Konturen-Tiefstflug durchzuführen, und die Tragfähigkeit für Außenlasten ist geringer.

Da das MRCA aber, würde es jetzt - 1974 - in Serie gebaut werden, ca. 60 Millionen DM pro System kostete - Stückpreis etwa 25 Millionen + System 65 vH. vom Stückpreis = rund 16 Millionen + Eskalation (1.1.73 bis 31.12.74 je 7,5 vH.) = ca. sechs Millionen + MwSt (11 vH) = ca. fünf Millionen (aus der üblichen Preisdefinition ist nicht eindeutig ersichtlich, ob die MwSt. Bestandteil von Stückpreis und Systemzuschlag ist. Ich gehe davon aus, daß sie es nicht ist.) + Entwicklungskosten (gesamt ca. 6,3 Milliarden : 807 Gesamtstückproduktion) = ca. acht Millionen = insgesamt 60 Millionen DM - scheint mir die Überlegung unumgänglich, eine der genannten Alternativen wählen zu sollen. Der Bundesminister der Verteidigung hat dankenswerterweise mehrfach öffentlich hervorgehoben, daß die Entscheidung über MRCA völlig offen ist und daß noch keinerlei Bindungen eingegangen worden sind. Dies erleichtert zweifellos die parlamentarische Entscheidungsfindung. (-/24.9.1974/bgy/pr)

+ + +

Schlechte Kopie

**Späte Einsicht der CDU in gesellschaftspolitische Notwendigkeit
eines Bundesraumordnungs-Programms**

Von Dr. Olaf Schwancke MdB

Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Mitglied
des Beirates für Umweltfragen und Raumordnung beim Parteivorstand der SPD

Späte Einsicht in die Richtigkeit der Raumordnungspolitik der Bundesregierung zeigt die CDU mit der Veröffentlichung ihres Konzeptes "Grundsätze zur Raumordnung". Auch wenn die CDU jetzt einen anderen Eindruck zu erwecken versucht, so ist doch der Gedanke, großräumige Unterschiede in der Infrastrukturausstattung, Wirtschaftsstruktur und den Umweltbedingungen durch gezielte Maßnahmen und Planungen zu beseitigen, nicht eine Erfindung vorausschauend denkender Köpfe der CDU. Im Gegenteil: Erst die sozial-liberale Koalition hat nach der Regierungsbildung im Herbst 1969 den Auftrag des Raumordnungsgesetzes vom April 1965 aufgenommen und teilweise gegen die heftigste Kritik seitens der Unions-Parteien den Entwurf des Bundesraumordnungsprogramms fertiggestellt, der im Juli dieses Jahres von der Ministerkonferenz für Raumordnung als Grundlage für die Abstimmung an Seiten der Länder und des Bundes - gegen die Stimmen Bayerns und Schleswig-Holsteins - verabschiedet wurde.

Einmal mehr - wie schon bei der Diskussion um die Bodenrechtsreform - betätigt sich die CDU hier als Trittbrettfahrer. Was sie jetzt als "Grundsätze zur Raumordnung" vorgelegt hat, ist eine Kopie - eine schlechte Kopie - der im Bundesraumordnungsprogramm bereits zum Tragen gekommenen Überlegungen.

Es lohnte nicht, sich eingehender mit der von der CDU vorgelegten Sammlung von Allgemeinplätzen zu befassen, fände sich darin nicht der krampfhafte Versuch, sich trotz der Übernahme der sachlichen Inhalte auf

jeden Fall von der SPD abzugrenzen. Dieser Versuch gipfelt in der Feststellung: "Christlich-demokratische Politik will im Gegensatz zur sozialdemokratischen Politik nicht den uniformen Menschen, sondern den freien Menschen in seiner Eigenart und seinen individuellen Bedürfnissen im friedlichen Zusammenleben mit der Gemeinschaft."

Untersucht man die jetzt veröffentlichten Grundsätze der CDU im einzelnen, dann stellt sich sehr schnell heraus, daß es sich fast ausnahmslos um Forderungen handelt, die die Bundesregierung bereits in reale Politik umgesetzt hat. Dennoch versucht die CDU den Eindruck zu erwecken, als habe sich die Bundesregierung um die aufgeworfenen Probleme bisher in keiner Weise bemüht. Das genaue Gegenteil ist der Fall:

- Der geforderte Abbau des Gefälles der Ballungsräume zu strukturschwachen Gebieten ist einer der wesentlichen Inhalte des Entwurfs eines Bundesraumordnungsprogramms.

- Grenzüberschreitende Planung ist für diese Regierung bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. Es gibt eine deutsch-belgische, eine deutsch-schweizerische und eine deutsch-österreichische Raumordnungskommission; weitere Abkommen sind in Vorbereitung.

- Die jetzt von der CDU geforderte kommunale Entwicklungsplanung schließlich ist einer der wesentlichen Punkte der von der Bundesregierung im April dieses Jahres beschlossenen Novelle zum Bundesbaugesetz.

Es ließen sich noch viele Einzelheiten aufzählen, die klar belegen, daß die CDU mit ihrem Forderungskatalog nur die Politik der Bundesregierung nachvollzieht: Die Doppelzüngigkeit der CDU/CSU - laute Wahlparolen in Bayern und durchaus differenzierte Sachkenntnisse - zahlt sich nicht aus.

Eines steht sicher fest: Auch durch starke und kernige Sätze und Beschuldigungen des politischen Gegners, die eigentlich in einem Sachprogramm nichts zu suchen haben sollten, kann die CDU nicht verhüllen, daß sie konstruktive Ideen meist erst nach Anstößen durch politisch Andersdenkende hat. Bei der Debatte ihrer Großen Anfrage zur Raumordnung (Drucksache 7/1417) im Laufe der Woche könnte sie beweisen, ob sie tatsächlich etwas dazugelernt hat.

(-/ 24.9.1974/ks/pr)

+ + +

Bildung stärker in Alltag einbezogen

Fortbildung auch für Lehrer und Ausbilder eine ständige Aufgabe

Fortbildung und lebenslanges Lernen sind auch für diejenigen wichtig, von denen andere lernen. Wer Tag für Tag erzieherisch und lehrend tätig ist, muß bei der Bewältigung seiner verantwortlichen Aufgaben unterstützt werden. Dazu hat Bundesbildungsminister Helmut Rohde in diesen Wochen zwei Angebote vorgestellt:

Da ist zunächst der Fernsehlehrgang "Ausbildung der Ausbilder", der in diesen Tagen in allen Dritten Fernsehprogrammen der ARD anläuft. Die Ausbildungsangebote, ergänzt durch begleitendes schriftliches Kursmaterial, werden gleichsam frei Haus geliefert. Über Presse, Gewerkschaften, Verbände, über Anzeigen und Prospekte sind die Ausbilder auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden. Helmut Rohde hat kürzlich erklärt, man könne nicht immer nur an die Ausbilder neue Erwartungen richten, sondern müsse ihnen auch helfen, mit ihren pädagogischen und beruflichen Aufgaben fertig zu werden und durch Fortbildung ihren eigenen sozialen Status stärken zu können.

Mit einem weiteren Angebot, einem sogenannten Medienpaket, wendet sich der Bildungsminister an die Lehrer. Es dient der Lehrerweiterbildung. Durch fachbezogene Kurse können zusätzliche Qualifikationen erworben werden. Fachübergreifende Themen wie Schulreform und Bildungsplanung bieten orientierende Information für die Schulpraxis. Auch diese Kurse sind vor allem auf das Selbststudium zugeschnitten.

Beiden Projekten ist gemeinsam, daß sie die neuen Möglichkeiten des Verbunds mehrerer Medien nutzen. Das Lernen wird damit aus der rein räumlichen Gebundenheit gelöst, Bildung wird auf den Weg zum Lernenden gebracht. Bildung im Medienverbund: das ist nicht nur eine rationelle Form, durch die mehr Menschen erreicht werden können, sondern sie wirkt auch auf das Bildungsangebot selbst ein. Bildung wird damit stärker in den Alltag einbezogen.

Bundesbildungsminister Rohde will die Erfahrungen gründlich auswerten, die mit den neuen Angeboten gemacht werden. Lernziele und Lernmethoden, Inhalte und Formen der Bildung und Erziehung müssen als lebendiger Prozeß begriffen werden, in dem kritische Überprüfung immer wieder dafür sorgt, daß Bildung keine abkapselnde, sondern in das Leben unmittelbar eindringende Wirkung hat. Zwei erste Bildungsangebote im Medienverbund liegen vor. Jetzt gilt es, daß sie von den Betroffenen - den Ausbildern und Lehrern - aufgegriffen werden. (ja/23.9.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller